

Die „Welt“ macht
jedem Tag täglich Nachrichten aus
Sonne und Meer durch die
Expedition, Neu Gravenstein, 5/8,
durch die Post und
durch Telegraphen zu begleiten.
Preis vierseitig 10 Pf.
Postkostenlos für 1200.

Inserationsgebühren
betragen für die einzelnen
Zeitungsteile oben deren Namen
90 Pfennige, für Werbung und
Veranstaltungsklappen
10 Pfennige.
Inserate für die nächsten Nummern
müssen bis Sonntag 10 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkähnliche Bevölkerung.

Telephone Nr. 451.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephone Nr. 451.

Nr. 50.

Dienstag, den 28. Februar 1899.

10. Jahrgang.

Politische Übersicht.

Über Selbstmorde in den siegenden Heeren.

Dass die von Vertretern der Sozialdemokratie im Reichstag und in anderen Parlamenten in fast jeder Session vorgetragenen Beschwerden über vorgekommene Soldatenmisshandlungen unserer Meinung nach nicht ohne wohlthätige Folgen in Betreff der Soldatenbehandlung geblieben sind, zeigt die Abnahme der Zahl der Soldaten-Selbstmorde, seitdem diese Beschwerden vorgebracht werden, während sie vorher von Jahr zu Jahr stiegen. Denn wenn auch nicht alle Soldaten-Selbstmorde eine Folge von Misshandlungen der Soldaten durch Vorgesetzte sind, so doch ein sehr großer Theil. Daraus ändert sich die offiziellen Angaben wenig, nur dass die meisten Soldaten-Selbstmorde durch Melancholie, Geistesstörung, ungünstige Liebe, Furcht vor Strafe und nur wenige durch vorhergegangene oder noch zu erwartende Misshandlungen veranlaßt sind. Selbst bei der Zivilbevölkerung sind die offiziellen Angaben über die Ursachen der Selbstmorde höchst unzuverlässig. In der deutschen Armee kamen in den Jahren von 1867 bis 1875 durchschnittlich im Jahre auf 100,000 Mann 57 Selbstmorde vor, in den Jahren von 1875 bis 1878 im Jahre 71 Selbstmordfälle auf 100,000 Mann und in den Jahren 1878 bis 1888 jährlich 64 Selbstmordfälle auf 100,000 Mann vor. Von da an waren die Durchschnittszahlen der Soldaten-Selbstmorde auf 100,000 Mann

1891 1892 1893 1894 1895

53,3 52,8 47,6 43,9 42,2

In Österreich, wo die Sozialdemokratie erst in den letzten Jahren dazu gelangt ist, ihre Stimme in den Parlamenten zu erheben, hat die Zunahme der Soldaten-Selbstmorde weit länger gedauert, als in Deutschland. In der österreichischen Armee kamen auf 100,000 Mann von 1870 bis 1874 29 Selbstmorde, von 1875—1880 112 Selbstmorde und von 1881—1887 131 Selbstmorde, immer auf 100,000 Mann.

Hoffentlich werden die Reklamationen unserer Genossen im österreichischen Parlament einen günstigen Eindruck auf die Behandlung der österreichischen Soldaten haben und damit eine Verminderung der Soldaten-Selbstmorde in Österreich-Ungarn bewirken. Nachdem sind die Soldaten-Selbstmorde am zahlreichsten bei der italienischen Armee. Bei derselben kamen im Durchschnitt der Jahre 1873 bis 1889 auf 100,000 Mann im Jahre 40 Selbstmorde. Die Heere der Dreikönigstaaten: Deutschland, Österreich und Italien zeigen die höchsten Soldaten-Selbstmordzahlen.

Auch in Frankreich führten unsere Genossen im gesetzgebenden Körper mehrfach Beschwerden über vorgekommene Soldatenmisshandlungen. Nachstehende Zahlen zeigen, daß dieselben auch von Erfolg waren. In den Jahren 1863 bis 1869 war die Zahl der Soldaten-Selbstmorde in der französischen Armee im Jahre auf 100,000 Mann noch 47, in den Jahren 1872 bis 1889 durchschnittlich nur noch 29.

Nur bei den Truppen in den algerischen Kolonien war die Zahl der Soldaten-Selbstmorde wesentlich größer als im Mutterlande; sie war in den Jahren 1872 bis 1879 durchschnittlich im Jahr 63 auf 100,000 Mann. In den Kolonien aber auch die Zustände in wenig kultivierten, vielfach ungünstigen Gegenden und gegenüber einem wenig kultivierten, feindlich geführten arabischen Volke einen ungünstigen Einfluss auf die Zahl der Selbstmorde aus. Das ist auch bei anderen Kolonialarmeen der Fall. Während in England die Zahl der

Soldaten-Selbstmorde von 1882 bis 1888 auf 100,000 Mann durchschnittlich im Jahre nur 23 betrug, war sie bei den Truppen in Indien 48. Bei der belgischen Armee kamen im Durchschnitt der Jahre 1875 bis 1888 auf 100,000 Mann im Durchschnitt jährlich 24 Selbstmorde und bei der russischen Armee im Durchschnitt der Jahre 1873 bis 1889 nur 29.

Die meisten Selbstmorde werden bei allen Armeen von den Rekruten in der ersten Dienstzeit begangen und von diesen meist wegen Misshandlungen, dann von Unteroffizieren, Sergeanten und Feldwebeln, und von diesen meist wegen Dienstvergehen, Schulden, zu erwartender Strafe oder Zurücksetzung. So erschossen sich aus diesen Gründen in Berlin nach den Weihnachtsfeiertagen ein Bizefeldweber und ein Rekrut. Was die einzelnen Truppearttheile betrifft, so fallen die meisten Selbstmorde auf die Kavallerie und den Train; offenbar, weil diese einen weit anstrengenderen Dienst als die Fußtruppen haben. Bei der Zivilbevölkerung ist wohl im vorgerückteren Alter die Zahl der Selbstmorde auch größer, im Alter von 15—20 Jahren kommen hier aber beim männlichen Geschlecht 18,1 und beim weiblichen 8,2 und im Alter von 20—30 Jahren beim männlichen Geschlechte 33,7, beim weiblichen 10,4 Selbstmorde auf 100,000 gleichaltrige Personen. Man sieht, in der Zivilbevölkerung kommen in diesem Alter weit weniger Selbstmorde als beim Militär vor, woraus sich ergibt, daß viele Soldaten immer noch durch schlechte Behandlung in den Tod getrieben werden, und daß unsere Vertreter im Reichstage nicht nachlassen dürfen, über zu ihrer Kenntnis gelangte Soldaten-Misshandlungen weiter Beschwerde zu führen.

Stumm-Fink kontra Bebel.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht einige Stumm'sche Briefe, die die Finkaffaire in eine sehr interessante Beleuchtung stellen. Diese Briefe zeigen, daß Stumm, der noch in der Reichstags-Sitzung am Donnerstag unseres Genossen Gräbner gegenüber den bekannten Fink in Schutz nahm, bereits im Dezember 1897, unmittelbar nach den bekannten Vorgängen im Reichstag, wo Bebel den Fink als „Redakteur“ des berüchtigten Fischer'schen Pamphlets angreift und ihn als einen moralisch sehr bedenklichen Charakter hinstellte, sich über Fink vollkommen klar war. Er charakterisiert denselben in einer Weise, daß sein Zeugnis in dem noch immer schwelenden Prozeß „Fink kontra Bebel“ von erheblicher Wichtigkeit ist und zwar zu Gunsten Bebels. Dem „Vorwärts“ entnehmen wir auszugweise folgende Briefe Stumms:

Er schreibt unter dem 19. Dezember 1897 an die Redaktion der „Post“ Folgendes:

„Ich kann nicht sagen, daß mir die Erklärung Finks einen guten Eindruck gemacht hat, denn die in derselben enthaltene Darstellung des „Vereins Berliner Presse“ spricht mehr gegen, als für Herrn Fink. Ob dieser Darstellung eine Unmöglichkeit zu Grunde liegt, wird ja die gerichtliche Verhandlung aufklären. Mir gegenüber ist aber Herr Fink schon dadurch schwer kompromittiert, daß er in seiner anden zurückgeladen handchriftlichen Erklärung zugibt, zu seinem Ausritt aus dem Verein Berliner Presse veranlaßt worden zu sein, während er mit positiv versichert hatte, dies sei ganz freiwillig geschehen, weil ihm die Mitgliedschaft „nicht mehr passe“. Infolgedessen habe ich, nachdem Herr Fink wiederholt aufgefordert hatte, mir die reine Wahrheit zu sagen, im Reichstag wörtlich geäußert (275 der stenogr. Berichte): „Herr Fink ist freiwillig, wie er sagt, aus dem Verein Berliner Presse“ ausgetreten, und niemals ist ihm irgend eine Aufforderung zugegangen, dies zu thun.

Herr Fink bat mich also vertraulich, vor dem anstehenden Reichs-

tag eine Lüge auszusprechen, was wahrscheinlich nicht dadurch kompensiert wird, daß Bebel gleichfalls gelogen hat. Es ist nicht anzunehmen, daß unseren Gegnern der Unterschied zwischen der veröffentlichen Erklärung Finks, worin er nur bestreitet, von dem Vorstand zum Ausritt veranlaßt worden zu sein, und meiner im Reichstag abgegebenen Erklärung entsprechen wird. Machen Sie auf diesen Unterschied öffentlich aufmerksam, so werde ich gern danktigt sein, Herrn Fink als Edgaren hinzuzählen, dessen Wahrschau ließe mir in dieser ganzen Angelegenheit überhaupt in einem sehr schlechten Lichte erscheinen ist.“

Wenn Sie mich fragen, wie „Post“ und Partei sich künftig Herrn Fink gegenüber zu verhalten haben, so kann das Verhältnis mit demselben keinesfalls dauernd beibehalten werden. Um Herrn Bebel nicht zu viel Ehre anzutun, würde ich Herrn Fink einstellen so lange beibehalten, bis entweder gerichtlich oder durch veröffentlichte Thatsachen die Bebel'sche Anklage soweit bestätigt worden ist, daß Fink ernstlich kompromittiert erscheint. Ob dies durch die neueste Erklärung Bebels geschehen ist, vermöge ich nicht zu urtheilen, weil ich sie im Vorlaufe nicht kannte.“

Freiherr v. Stumm sieht weiter in dem Briefe auseinander, worin man gegen Bebel vorgehen müsse, um diesen ins Gedränge zu bringen, und schließt seinen Brief also:

„Wie das alles auch endigen wird, eine Schädigung der „Post“ und der freikonservativen Partei durch diese Vorgänge ist unvermeidlich. Bis zur völligen Klärung würde ich jedenfalls die Verbreitung der „Post“ bei hochgestellten Personen nicht empfehlen. Auch die Siedlung des Herrn Fink als Sekretär der freikonservativen Partei würde ich bis zur gerichtlichen Entscheidung inhibieren, um vor der Öffentlichkeit nachzuweisen, daß unsere Partei alles aufwirkt, um ihr Schild rein zu halten. Doch hat darüber ja Herr Freiherr v. Beditz und der betreffende Ausschuss zu entscheiden.“

Ein zweiter Brief des Freiherrn v. Stumm, der sich ebenfalls mit der Angelegenheit Fink beschäftigt, ist datirt vom 29. Dezember 1897 und ist ebenfalls an die Redaktion der „Post“ gerichtet. Er kündigt darin die Entfernung Finks von der „Post“ an, will aber, um jeden Skandal zu vermeiden, ihn vorläufig noch in der „Post“ behalten.

Diese Briefe lassen das Verhalten Stumms in der Affaire Fink gewiß sehr bedenklich erscheinen.

Eine Erinnerung.

Die Drohung des „Dresdner Journals“, die Kritiker des Urtheils wider die Löbtauer Bauarbeiter vor den Räten zu laden, rast, wie der „Vorwärts“ schreibt, eine alte Erinnerung nach an einen ähnlichen Vorgang vor siebenundzwanzig Jahren, dessen Schauplatz Leipzig war. Als im März 1872 Bieschke und Bebel nach sechzehntägiger Verhandlung vor dem Leipziger Schwurgericht wegen angeblicher Vorbereitung zum Hochverrat zu zwei Jahren Festung verurtheilt wurden, war die Erregung in den Parteikreisen ähnlich wie jetzt, denn man war damals noch nicht an so harre Urtheile gewöhnt. In der Presse und Versammlungen brach ein Sturm der Entrüstung los, den die sächsischen Behörden damit beantworteten, daß sie die Redakteure und Redner vor die Gerichte schleppen und Strafen aussprechen ließen, die in ihrer Gesamtheit über das Strafmaß hinausgingen, das Liebknecht und Bebel zu verbüßen hatten. Der gerichtlichen Verfolgung folgte sich die der Verwaltungsbehörden an, die sozialdemokratische Vereine und Gewerkschaften aufzulösen und Versammlungen verboten. Und was war das Endresultat dieser Verfolgung? Ein gewaltiges Wachsthum der sozialdemokratischen Stimmen bei den nächsten Reichstagswahlen. So wird's auch diesmal wieder kommen. Man lernt nichts in den Kreisen des „Dresdner Journals“; denn wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.

ihu gelehrt hatten, nicht Ledermann seine innersten Gedanken preiszugeben, so nahm er eine reservierte Haltung an und lächelte statt der Antwort nur, so daß man das als eine Zustimmung auffassen konnte.

Die Annahme Deppler's, daß die Vermögensverhältnisse des Drechslers vortreffliche seien, war nicht nur die seelige. Da sie die inneren Familienverhältnisse nicht kannten, so waren viele Leute, mit denen der Meister zu thun hatte, der Ansicht, daß er durch seinen Sohn große materielle Vortheile gewinne, und nur seine und seiner Frau Anspruchslosigkeit es verhinderten, aus der Bescheidenheit herauszutreten und sich ein behaglicheres Leben zu verschaffen. Schließlich hielt man ihn für einen Duckmäuse, der wohl wisse, wieviel er in seinem Betrieb habe, aber den Menschen Sand in die Augen steue, um ihrer aufdringlichen Freundschaft zu entgehen. Gewiß würde schon die Zeit kommen, wo der Sünder sich öffnete, und Herr und Frau Timpe sich der Welt als wohlhabendes Ehepaar präsentierten, das bis an sein Lebensende aus den Fenstern eines stattlichen Hauses herausblickte. Ja, es kam so weit, daß reidische Nachbarnleute, die es niemals vergaßen, daß der Sohn des Handwerkers eine glänzende Partie gemacht hatte, in unzweideutiger Weise von einem Geizhalse sprachen und nur zu leicht durchblicken ließen, wer damit gemeint sei.

Johannes Timpe und ein Geizhals! Als der Meister unfalligerweise von dieser Bezeichnung erfuh, mußte er trotz seiner düsteren Stimmung laut auflachen. Es fiel ihm aber nicht im geringsten ein, diesem theils schmeichelhaften, theils wenig angenehmen Gerüchte entgegenzutreten. Erzog alles Das doch dazu bei, über jette wirtschaftliche Verhältnisse Nutzen zu tüfteln und der Welt das traurige Schnippel, in dem ein geschwätziges Kind die Hospitäler spielt, zu ersparen.

So führte er von nun an eine Art Scherztheater, durch das er sich antrieb, sich beim Wein im Saal einzufinden und die Tische mit seinen Freunden einzunehmen. Eine solche Aktion kostete ihn kein Pfennig, und er schaute sich mit einer Perspektiv auf; das Geld habe nicht gereicht, er schaute noch keinen bezahlen.

Meister Timpe.

Sozialer Roman von Max Kretz.

(Nachdruck verboten.)

Als Johannes dem kleinen und zwanzigjährigen Deppler eines Abends bei Jumath Vorwärts über den „Festenreich“ zugute, zuckte der Schirmfabrikant die Achseln und gebrauchte einige Worte des Bedauerns. Er habe es gut genug gemeint, verteidigte er sich; aber es sei eben die alte Geschichte: Die Preisauflistung Ueban's habe sich um 25 Prozent billiger herausgespielt als diejenige Timpe's.

Rum bereute der Meister bitter, das Modell an den Amerikaner, ohne Vorbehalt seiner Rechte, verlaufen zu haben. Er hätte sich in dieser Beziehung ganz auf Deppler verlassen. So viele Anspielungen er aber machte, und zwar in einer Art und Weise, die der Missgestalt nur zu deutlich das Geheimnislose ihrer Handlung vor Augen führen mußte — immer kam die gleichgültige Antwort: „Man müsse heut zu Tage der Konkurrenz die Spize zu bieten versuchen; wer das nicht könne, der solle lieber zuhig einpaden und als Rentier leben.“

Eines Abends wurde der kleine Herr sogar wütend. „Sie können auch gar nicht geangt kriegen!“ rief er Timpe zu. „Sie haben doch gewiß schon Ihre Rechthüter besammelt. Wer so einen Sohn hat, dem kann es doch nicht fehlen...“ Lebhaftes Fortschreiten ja alle Welt davon, daß Sie auch und noch das Arbeitern ganz aufgeben wollten, um von Ihren Eltern zu leben. Wie ich gehört habe, holten Sie für Ihre neuen Gefallen nur noch, um mit den letzten Bestellungen

abzuschließen.“

Zieh einige Minuten, mit der er das sagte, ließ Timpe

sich vor irgend einer Beleidigung keine Rechte leisten.

Und so bis morgen früh wiederholte der kleine Sohn

weshalb den oberhessischen Bergarbeiter nicht das geheime Wahlrecht zu den Knapschaftsklassen eingeräumt werde, das ihren Kollegen im rheinisch-westfälischen Revier gegeben sei, erwiderte der Minister Bresfeld ausweichend, versprach aber bei der nothwendig werdenden Änderung des Berggesetzes auch eine Änderung des Knapschaftsklassenwesens in Erwägung zu ziehen.

Der kleine Stumm des Abgeordnetenhauses, der freikonservative Abgeordnete Bortler, nahm als Vorstandsmitglied mehrerer Unternehmerverbände die Gelegenheit wahr, eine heftige Rede gegen die Arbeiterorganisationen zu halten. Ihm ist jede Organisation der Arbeiter ein Schenkel und Gräuel, auch wenn sie unter christlicher Flagge segelt. Er hat aber Vertrauen zu der Regierung, daß sie die staatliche Anerkennung der Berufsvereine, die er eine Kalamität für die Industrie nannte, nach wie vor ablehnen werde. Um die Arbeiterorganisation möglichst schwarz zu malen, stellte er die ungemeinten Behauptungen über die englischen Trades-Unions auf. Nach ihm treiben sie unehörlichen Terrorismus, führen zu einer Verschlechterung der industriellen Leistungen und haben den Ruin ganzer Industrien in England bewirkt. Das ist zwar täglich in der „Post“ zu lesen, bleibt aber doch ein großer Unrat. Von ultramontaner Seite nahm noch der Abg. Fuchs das Wort zu einem scharfen Angriff auf die Nationalliberalen. Der Abg. Sattler hatte am Sonnabend die Debatte über die Bergarbeiterverhältnisse als Zeitvergeudung bezeichnet.

Herr Fuchs konstatierte vor der Deffenlichkeit, daß den Nationalliberalen, die eine viertägige Debatte über den Arbeitermangel auf dem platten Lande ruhig mitgemacht hatten, eine Förderung der Arbeiternot als Zeitverschwendug erscheine. — „In die ultramontanen Redner versichert, daß die christlichen Arbeiterorganisationen das beste Mittel gegen die Sozialdemokratie seien. Dasselbe versicherte der Abg. Hirsch von seinen Gewerbevereinen, als es sich für ihn darum handelte, seinen Antrag auf Einführung von Arbeitervertretern zur Beaufsichtigung der Steinkohlengruben zu vertreten. Bekanntlich hatte Minister Bresfeld eine Studienkommission nach England, Frankreich und Belgien entsandt, um die Wirkungen des Arbeiterspottorats zu untersuchen. Der Bericht der Kommission ist nur in wenigen Exemplaren an die Abgeordneten vertheilt worden. In der Budgetkommission versicherten aber die Regierungsvertreter, daß das Ergebnis der Studienreise sehr ungünstig für die Forderung von Grubenkontrolleuren aus den Reihen der Bergarbeiter sei. Der Abg. Hirsch führte durch Verlesung der Stellen aus dem Bericht den Nachweis, daß diese Ansicht durchaus falsch sei. Die Kommission hat sich im Allgemeinen sehr günstig über die Wirkungen des Arbeiterspottorats ausgesprochen und die Regierungsvertreter scheinen aus dem Bericht nur herauslesen zu haben, was sie herauslesen wollten. Jedenfalls hat sich auch bei dieser Frage gezeigt, daß der Verein der Grubenbesitzer, der sich mit Händen und Füßen gegen die Arbeiterschaft der Gruben gewehrt hatte, eine gewaltige Macht im Staate darstellt. — Die Debatte über den Antrag wurde heute nicht zu Ende geführt. Der freikonservative Abg. Schmer und der konservative Abg. Bodelberg befämpften den Antrag mit den bekannten Scheingründen, während der Abg. Hirsch warm für ihn trat. An der Erklärung des Ministers Bresfeld war die Dringlichkeit, daß die preußische Bergverwaltung bereit ist, in den staatlichen Betrieben Arbeiter-Inspektoren anzustellen, sobald die Erfahrungen vorliegen, die mit der jetzigen Einrichtung (50 neue Beamte) gemacht werden. Für ganz unmöglich erklärt der Minister die Einführung von Arbeiterdelegierten im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier. Es war ein beschämendes Zeugnis für die geringe Macht des Staates gegen die Unternehmer, als er aussprach, daß die Arbeiterdelegierten von den Unternehmern sofort gemäßregelt werden und damit die ganze Einrichtung illusorisch gemacht werde. Nachdem Herr von Eynern, der im vorigen Jahre für die Arbeitervertretungen eingetreten war, heute pater peccavi gesagt hatte, wurde die Weiterberatung auf morgen vertagt.

Parliamentarisch.

Die Wahl Stöders ist von der Wahlprüfungskommission des Reichstages beanstandet worden. Stöder erhält in der Stichwahl nur 27 Stimmen mehr als der nationalsozialistische Gegenkandidat Kreuz. Die Wahlprüfungskommission hat Beweiserhebung beantragt über fünf Kurteile eines Wahlprotokolls. In einem Wahlbezirk soll die Zahl von 6 Uhr Morgens bis 2 Uhr Nachmittags stattgefunden haben und solen Wahlberechtigte nach dem Protest dem Wahlvorsitzender ihre Stimmzettel schon am Tage vorher übergeben haben mit dem Auftrage, sie am andern Tage für sie in die Wahlurne zu legen, was auch geschahen sei. Der Landrat des Kreises Wittgenstein soll für Stöder agiert haben durch Verhältnung von Flugblättern und Stimmgeldern mittels des Landratsamts und eines dort angesetzten Doktors Treude. In zwei Orten soll noch Abends bis 1 Uhr gewählt worden sein. In Wolfsburg, Kreis Biedenkopf soll der Wahlvorsitzender in jeder Westentasche Wahlzettel gehabt und diese jedem Wähler, nachdem er ihn befragt, wen er wählen wolle, verschlossen übergeben und in die Wahlurne gelegt haben.

Partei-Angelegenheiten.

In die Redaktion des „Vorwärts“ tritt mit dem heutigen Tage der Genosse Heinrich Wehler ein, nachdem er über sieben Jahre in der Redaktion der „Sächs. Arb.-Ztg.“ thätig gewesen ist. In seine Stelle tritt der Genosse Hans Stöck, bisher Redakteur der „Rhein.-Westl. Arb.-Ztg.“ in Düsseldorf.

Die österreichische Parteipresse wird abermals um ein neues Organ vermehrt. Das neue Blatt erscheint vom 1. April ab in Aufsatz unter dem Namen „Das Volksrecht“; in Aufsatz erscheinen bereits zwei Parteiblätter.

Arbeiterbewegung.

Die Lohnbewegung im Rostocker Baumgewerbe ist zum vorläufigen Abschluß gekommen. In einer sehr gut besuchten Versammlung der Baumarbeiter Rostocks wurde bekannt gegeben, daß die Baumarbeiter sowohl wie die Immobilienmeister schriftlich vertragt haben, erhöhte vom 1. April ab, letztere vom 15. Mai ab eine Erhöhung des Stundenlohnes um zwei Pfennige einzutreten zu lassen. Die Versammlung erklärte sich mit dieser Vereinbarung einverstanden.

Die Eischleifer in Wiesbaden haben durch frei Vereinbarung mit den Meistern eine Zulage von 5—10 Prozent erreicht. Die Arbeitnehmer 9½-stündige Arbeitstage wurde von den Meistern abgedeckt. Die Arbeitnehmer sind genötigt, sich mit diesen Zugeständnissen zufrieden zu geben.

Die Dresdener Parquetbodenleger haben beschlossen, nachdem alle Verhandlungen mit den Arbeitgebern gescheitert sind, in allen Geschäften, mit Ausnahme Lavers Nachf., wo jetzt schon bessere Arbeitsbedingungen herrschen, die Arbeit niedergelegen.

Die Handlungsgesellschaften in Frankfurt a. M. betreiben eine eifige Agitation, um die völlige Sonntagsruhe in Hand- und Engros-Geschäften durchzusetzen. Die Gewerbevertretung hat sich bisher der Sache sehr lau angenommen und sucht anscheinend die Entscheidung hinauszuschieben, indem sie die Handelskammer beauftragte, sich durch eine Umfrage gutachtl. zu äußern. Hiergegen haben die Handlungsgesellschaften durch Annahme einer Resolution Stellung genommen.

In Sangerhausen sind die Maurer ausgesperrt worden. Die Erfurter „Tribüne“ berichtet über die Aussperrung: Ende Januar machten die Maurer in Sangerhausen an die Meister eine Eingabe, worin dieselben forderten, daß vom 1. April d. J. an der bis jetzt geleisteten Stundenlohn von 38 Pf. auf 38 Pf. erhöht werden soll. Es wurde dies Gesuch von den Meistern kurz abgeschlagen. Um den Gesellen betreffs weiterer Maßnahmen zu kommen, legten die Meister denselben am letzten Sonnabend ein Schriftstück vor, worauf sie sich durch Unterschrift verpflichten sollten, im Jahre 1899 für einen Stundenlohn von 38 Pf. zu arbeiten. Dies Ansuchen lehnte jedoch der größte Theil der Maurer ab. Dieselben wurden darauf sofort ausgesperrt. Die Meister haben sich gegenseitig verpflichtet, gegen eine Konventionalstrafe von 1000 Mk. keinen Maurer einzustellen, welcher vorbezeichnete Unterschrift verweigert. Die Situation ist für die Maurer sehr günstig, und ist nach Lage der Sache in kurter Zeit auf einen Sieg der Arbeiter zu rechnen, wenn dieselben wie bisher in Einigkeit behalten.

Aus aller Welt.

Grubenunglück. Sonntag Abend 11 Uhr verunglüchten auf der Grube „Mont Cenis“ bei Herne i. W. bei dem Schichtwechsel 22 Bergleute, und zwar 5 schwer und 17 leicht, dadurch, daß der zu Tage geförderte Korb mit voller Wucht gegen eine Scheide geschleudert wurde. Die Schuld soll den Maschinisten treffen.

Rassenwetter. In Chrudim (Böhmen) wurde Sonnabend früh der 35-jährige Grundbesitzer Novotny hingerichtet, der seine sieben Kinder bald nach der Geburt vergiftet hatte, weil er kleine Kinder nicht lieben möchte.

Explosion. Eine verhängnisvolle Dynamit-Explosion ereignete sich am Sonntag bei der Ladung der ersten Bohrmine im Eigentum der Jungfrundahn. Ein Russe und fünf Arbeiter wurden getötet, viele andere Personen mehr oder minder verletzt.

Nach Unterschlagung von 200.000 Frs. ist in Paris der Chef der „Bank der Bauunternehmer“ seit einigen Tagen verschwunden. Die Polizei ist der Meinung, daß der Verschwundene sich in Paris verborgen hält.

Lokales und Provinziales.

Breslau, den 28 Februar 1899.

Für die Dresdener „Buchthändler“

gingen bei uns ein: Von zielbewußten Arbeitern der Breslauer Metallgießerei durch Höhne (1. Rate) 6 Mk., Geißen der Tischlerei Roschale, Borwerkstraße, 7 Mk., von Tischlern und Drechsln in Herda (98) 8,85 Mk., von den Gehilfen der Buchdruckerei F. G. Jungfer 4,65 Mk., von den Tabakarbeitern und Arbeiterinnen der Firma Hilse u. Oberländer 3,55 Mk., Kowatsch 1 Mk., Parteigenossen Goldbergs 11,80 Mk., von den Gehilfen der Buchdruckerei Schätz (11,15) und drei jungen Kaufleute (4,50) zusammen 15,65 Mk., Gustav May (55) 10,50 Mk., Riedel, Meylgasse 1,50 Mk., Sattler Mewier 1 Mk., H. 20 Mk., durch Böhm (94) 13,15 Mk., Maschinenarbeiter der Fabrik der Gebrüder Bäuer (98) 7,45 Mk., mit den bereits quittirten 1041,05 Mk. in Summa 1153,15 Mark.

* **Zwei wichtige Vorlagen** sind der Stadtvertreter-Versammlung zugegangen; sie betreffen das Baron'sche Vermächtnis und die Errichtung von städtischen Gymnasialkursen für Mädchen. Der Magistrat beantragt, in Übereinstimmung mit ihm die Erbschaft nach dem Professor Dr. Julius Baron anzunehmen; in der Begründung des Antrages heißt es:

„Wenn wir auch die mancherlei Bedenken, zu denen die Bestimmungen des Testators Veranlassung geben, nicht vernennen, so glauben wir doch, daß dieser Bedenken gegenüber die Vortheile, welche der Stadt Breslau und ihren Armen aus der Erbschaft zu ziehen können, überwiegen.“

Die vom Testator vorgeschriebene Ernährungsweise, welche den Genuss von Milch, Eiern, Butter, Käse, Honig, überhaupt von Erzeugnissen des lebenden Thieres, zuläßt, ist im Grunde genommen keine vegetarische; sie ist auch nach ärztlicher Ansicht bei Anwendung der eforderlichen ärztlichen Kontrolle keine gesundheitsgefährdende. Wir beschäftigen nun, falls wir in die Lage kommen, die testamentarischen Anordnungen auszuführen, dies nur mit der Maßgabe zu thun, daß wir

1. möglichst nur solche Kinder in die Baron'sche Stiftung aufzunehmen wollen, welche nicht unter den Begriff der städtischen Kostenkinder fallen, also insbesondere die Kinder von Altmolkenköpfen, Kinder, die bei ihren auf Tapetenholzung angewiesenen Eltern, insbesondere Müttern, leicht der Verwahrlosung und Verwilderation entgegenstehen, und auch nur unter der Voraussetzung, daß die gesetzlichen Vertreter solcher Kinder sich mit der vorgeschriebenen Ernährungsweise einverstanden erklären;

2. die in die Stiftung aufgenommenen Kinder dauernd unter sorgfältige ärztliche Beobachtung zu stellen; und zwar wollen wir hierbei mögl. einen sogennannten Statuarius oder einen Wassercur zu ziehen, sondern einen sol. nach den allgemein anerkannten Vorschriften der ärztlichen Wissenschaft rücksichtigen Mediziner.

Unter diesen Voraussetzungen halte ich die Ausführung der testamentarischen Bestimmungen ohne Bedenken für möglich, die Voraussetzungen stehen auch nicht im Widerspruch mit den bindenden Vorschriften des Testators. Die Erbschaft würde uns hier nach in die Lage versetzen, etwaigen ausdrücklichen Wünschen der Eltern oder Vormünder armer Kinder, letztere in einer dem Vegetarismus mildester Observanz entsprechenden Weise zu ernähren, zu entsprechen, was wir nach unserer gegenwärtigen Einrichtungen nicht thun könnten, und hierin sehen wir einen gewissen Fortschritt, eine Weiterentwicklung unserer heutigen armenrechtlichen Grundsätze, die es ermöglicht, Toleranz gegenüber den Arschamungen und Bestrebungen einzelner Pionierengagisten zu üben.“

Von diesem Gesichtspunkt aus erscheint es nicht ausgeschlossen, daß auch in Zukunft andere wohlhabende Personen veranlaßt werden, der Stadt Zuwendungen mit ähnlichen Zweckbestimmungen wie die vorliegende zu machen, Zuwendungen auf die anderenfalls nicht zu rechnen wäre. Wir glauben, daß die vom Testator vorgeschriebene Ernährungsweise

erheblich besser ist, als diejenige, die eine einen Theil unserer armen Bevölkerung, also auch der bei der Stiftung in Frage kommenden Kinder, gegenwärtig zu Theil wird, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß die Fleischspeisen, welche wirklich von den gedachten Kindern genossen werden, vielfach den Ansprüchen einer gesunden, kräftigen Ernährungsweise nur mangelhaft entsprechen und durch die Erzeugnisse lebender Thiere ganz gut ersehen werden dürften. Gewagt man ferner, daß die hier zu berücksichtigenden Kinder häufig bei der mangelhaften Aufsicht durch ihre Angehörigen der Verwilhelung und Verwahrlosung unterliegen, und daß dagegen durch die Aufnahme in das Baron'sche Kinderheim wirksam eingehalten werden kann, so sind in der That die guten Folgen dieses Kinderheims nicht zu gering anzuschlagen und die etwaigen Gefahren eines „Experiments“ nicht allzu schwerwiegend zu nehmen. Auch die Propaganda, welche der Vegetarismus unter Berufung auf das Baron'sche Kinderheim machen könnte, ist unseres Erachtens nicht gefährlich, ja sogar in gewisser Hinsicht vielleicht ganz heilsam, da die von Baron vorgeschriebene Ernährungsweise dem strengen Vegetarismus gegenüber als erheblicher Vorteil anzuerkennen ist.“

Die von den städtischen Behörden beschlossene Errichtung eines Mädchengymnasiums hat bekanntlich die Genehmigung des Kultusministers nicht erhalten. Der Magistrat wünscht nun die Errichtung von städtischen Gymnasial-Kursen, deren Lehrziel das des Gymnasiums sein soll. Was die voraussichtlich entstehenden Kosten dieser neuen Einrichtung betrifft, so würden dieselben im ersten Jahre insgesamt 5400 Mark betragen; diesen Ausgaben stünde eine Einnahme von 3240 Mark gegenüber, so daß der Zuschuß für das erste Jahr sich auf 2160 Mark belaufen würde.

* **Der Breslauer Wahlplatz-Prozeß** hat am Montag das Kammergericht beschäftigt. Mehrere Personen aus Breslau waren, wie seiner Zeit berichtet, auf Grund des § 49 des Preßgesetzes zu Geldstrafen verurtheilt worden, weil sie Wahlplakate mit der Aufschrift „Benzinpartei“ ohne Erlaubnis der Polizei auf der Brust getragen hatten. Das Kammergericht sprach aber sämtliche Angeklagte frei, da für den Begriff des Plakates im Sinne des § 9 des Preßgesetzes erforderlich sei, daß die betreffende Druckfirma ihrem Jahrtag nach für sich allein verständlich sein müsse. Dies sei aber nicht der Fall gewesen.

* **Die Landwirtschaftskammer für Schlesien** tritt nach offizieller Verlautbarung zu ihrer diesjährigen Plenarsitzung wahrscheinlich Mittwoch, den 15. März, zusammen. Die Verhandlungen dürfen einen Zeitraum von zwei Tagen in Anspruch nehmen. * **Ein amtliches Reisebüro,** nach dem Meister des auf dem Bahnhof Breslau befindenden, wird am 15. April c. in Breslau im weithinigen Flügel des Überseehofes eingerichtet.

Dort wird man, nach offizieller Darstellung, sämtliche Schnellzuge- und Rückfahrlizenzen, die ganzartiges Personenzugfahrlizenzen, alle festen Rundreise-, Sommer- und Sonderzugfahrlizenzen für den gesamten von Breslau (einfachlich) der anderen Bahnhöfen ausgehenden Verkehr kaufen können, und zwar bis acht Tage im voraus und ohne Bezahlung einer besond. Vorlaufaufsicht. Diese werden in dem „Amtlichen Reisebüro Breslau“ zu lautem gestellte Fahrcheinhefte täglich sein und die wichtigsten, auf den Reiseverkehr bezüglichen Drucksachen, wie Fahrpläne, Kursbücher, Fahrkartenverzeichnisse u. s. w. Ferner soll auf dem Bureau unentgeltlich Auskunft ertheilt werden über die für den Reiseverkehr getroffenen Einrichtungen, namentlich über Pfefferdeutungspreise, Fahrlizenzen, Zugangslizenzen, Abholung von Sonderzügen, Postabfertigung und dergl., über Betriebsführungen und deren Befestigung, über die örtliche Lage der Bahnhöfe in größeren Orten, Verbindungsbahnen u. s. w. Das Bureau soll auch alles Material über den Personenverkehr fremder Fahrlizenzen zusammen zur Verfügung des Publikums halten, Kurslisten, Kursbücher, Bänder- und Sommerfischennachrichten u. s. w. Namentlich die schlesischen Bänder und Sommerfische werden gut thun, die Eisenbahndirektion Breslau für die Zwecke des „Amtlichen Reisebüros Breslau“ mit allen ihren Drucksachen und sonstigen Informationen fortlaufend auszurüsten.

Das Bureau, welches auch ein Schreibzimmer für das Publikum erhalten wird, wird an den Werktagen ununterbrochen von 8 Uhr früh bis 7 Uhr Abends, an den Sonn- und Feiertagen von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Mittags geöffnet sein.

* **Von der Oder.** Da sich in Folge der seit Freitag eingetretener neuen Kälte auf der Oder Gründels zeigte, hat die königliche Wasserbaudirektion den erst kürzlich für den Verkehr eröffneten Großflossaßweg wieder schließen müssen, auch werden auf der Kanalisation Oder zwischen Neissemündung—Oppeln—Koel—Oderhafen die Wehre wieder umgelegt, womit also auch der Schiffsvorlede zwischen Breslau und Koel als geschlossen anzusehen ist. Die für Koel bestimmten Fahrzeuge haben bereits den Winterstand in der Oder begegnet.

* **Die Nebenzeichenleute** sind wieder an der Arbeit. Es sind in letzter Zeit zwar wiederholt Personen in Haft genommen worden, die in Bierlokalen und Cafés Nebenzeichen entwendet haben, aber immer wieder tauchen neue Säumer dieses Genes auf. Es ist noch nicht gelungen, die Diebe zu ermitteln, durch welche die in den letzten Tagen zur Anzeige gelangten Nebenzeichenlebäume verübt worden sind.

* **Wegen Thierquälerei** wurde am 25. d. Ms. ein Mann auf dem Neumarkt verhaftet.

* **Nebenzeichen.** Am 25. d. Ms. wurde ein Haushälter durch einen Hundewagen zu Boden gerissen und überschüttet, so daß er Quetschungen beider Beine und Hautabschürfungen erlitt.

* **Beim Überfall eines Pferdebahnwagens** kam Sonntag Abends auf der Gartenstraße ein Tischler zu Fall, wobei ihm durch ein Rad des Wagens ein Finger der rechten Hand zerquetscht wurde. Im Winkel Hantze'schen Krankenhaus wurde dem Verunglückten die rechte Hilfe geleistet.

* **Galiches Geld.** Mit Beilag belegt wurden mehrere Einzelstücke und ein Fünfzigpfennigstück, die sich als gefälscht erwiesen hatten.

* **Zeichpfeile.** Am 24. d. Ms. stand ein unbekannter Mann in einer Restauration auf der Taschenstraße, ließ sich Speisen, Getränke und Zigaretten geben und verschwand dann plötzlich, ohne bezahlt zu haben. Der Zeichpfeiler war etwa 24 Jahre alt und mit einem braunlichen Jackenanzug bekleidet.

* **Aus dem Polizeibericht.** In das Polizei-Schängnis wurden am 25. u. 26. d. Ms. 65 Personen eingeliefert. — **Gefangen wurden:** zwei Taschenräuber, ein Stück schwarzes Ripsband, ein Damen-Mantelkittel und ein Portemonnaie mit Zahnt.

— **Aufgehalten waren:** ein schwangerer Pompadour, eine blonde Mantelkette, ein schwarzer Zigarettenkuli, ein goldener Manschettenknopf und drei Portemonnaies mit 21,30 Mk., 70 und 73 Mk.

Gewerbebericht. Sitzung vom 23. Februar. Vorsteher Stadtarchiv Petersen.

Reichsbahn. Ein Reichsbahn-Beamter in dem Stellenvermittlungsbureau der Frau Schumann gegen ein monatliches Gehalt von 20 Mark angeheuert. Seines Lagers erhält er u. U. den Auftrag, das Schreiben eines Einstellungsschreibens dahingehend zu bearbeiten, daß denselben nach Einladung einer Einschreibegesellschaft gelesen zu-

diesen werden könnten. Der Buchhalter war aber überzeugt, daß waren natürlich nicht schwer zu widerlegen und der Ausgang der angenehmlich keine derartige Stelle frei war. Als Frau Lehrerin ihrem Auftrage nach hinzuging: "Machen Sie nur ja einen Holzspül", weigerte er sich, dieses Schreiben anzufertigen, zumal er neben der Stelle auch noch seinen eigenen Namen darunter setzen sollte. Unter Verfassung auf § 124 Absatz 3 der Gewerbeordnung, wonach Arbeitnehmer die Arbeit gegen Rückerstattung verlassen können, wenn sie vom Arbeitgeber oder Familienangehörigen bestimmt zu Handlungen verleitet werden, welche wider die Gesetze oder die guten Sitten laufen, gab er auch sofort die Steigung auf. Aus dem Arbeitsverhältnis hat er aber noch einen Gehalt von 3,17 M. anbekommen, welchen Betrag er gegen Frau G. einträgt. Beiläufig weigerte sich dieser Betrag zu zahlen, auch befürchtet sie die Angaben des Bilders, woraus ihr dieser Betrag zuschreibt. Die Beilage erklärt den Eid nicht lehnen zu wollen, sie wollte lieber alles absehen. Das Gewerbedeckel betrachtete hierauf die Klage durch Anerkennungsurtheil als erledigt.

Döllgass. Nr. Wohlau, 25. Februar. Durchgebrannter Pastor. Am vergangenen Sonntag Abend verließ Herr Pastor Beilage seinen Ort und bezog sich zum Bahnhof Gellendorf; dort ließ er den Eisenbahnzug und verschwand. Bald nach seinem Verschwinden wurden Gedanken laut und es schritten die Behörden zu einer Untersuchung, wonach sich, wie die "Schles. Volkszeitung" berichtet, herausstellte, daß sämmtliche dem Pastor B. unterstehenden Kosten ausserdem und bestritten waren. Der Gehalt betrug soll 15,000 Mark betragen. Pastor Beilage hat eine Frau mit Kindern hinterlassen.

Hayna. 26. Februar. Unglücksfall. Am Freitag Abend ereignete sich in dieser Papierfabrik ein recht bedauerlicher Unglücksfall. Der erste seit 14 Tagen in der Fabrik beschäftigte 20 Jahre alte Arbeiter Ernst Vogt aus Nieder-Brodendorf geriet in Folge Auseinanderstossen mit dem rechten Bein in das Getriebe einer Maschine, wobei ihm der Fuß und Unterschenkel zerquetscht wurde. Der Belegte wurde mittels eines Krankenwagens in das dastige Krankenhaus überführt, woebald ihm von zwei bischigen Aerzten das rechte Bein bis zur Wade amputiert wurde. Am Tage des Unfalls hatte der so schwere Beurteilungsfähige sein 20 Lebensjahr vollendet.

Waldenburg. 25. Februar. Verbrennungsfall. Zwei verunglückten zwei Arbeiter (Salziger) beim Abtragen der Halde am Bahnhofe. Sie wurden verbrannt, wobei der eine von der noch glühenden Kiesse am ganz in Leibe verbrannte wurde, so daß er bald einen Kunden erlos, während der Andere heimlich entflo.

Striegau. 27. Februar. Eine interessante Verhandlung fand am gestrigen Montag im Schlossbau zum Heiligabend statt. Ein Berliner Reiter der Reichs-Zentralvereine hielt einen Vortrag über Sozialpolitik und Kooperationsrecht, der aber in der Hauptstadt auf eine Empfehlung der besten Organisation, der Reichs-Zentralvereine nämlich, ausging. Verbundungsbüro aus Breslau vertrat ihm gegenüber den Standpunkt der modernen Gewerkschaften, bemies an der Hand der beiderseitigen Abrednungen, daß die Gewerkschaften bedeutend mehr für ihre Mitglieder leisten, als die Gewerkschaften, und fertigten unter leidlichem Beifall des Wehrdienstes des Prinzips der Gewerkschaften die allen eindringlichen Auswendereihungen mit dem Konsensmerkum ausdrücken. Daraus blieben die Gewerkschaften auch die Interessen ihrer Mitglieder nicht in nachdrücklicher Weise zu schneiden. Der Gewerkschaften steht nun für ihre Interessen in der Partei voran und führen die Aufführungen des Reichstages an, sofern diese nicht bekannt wären aus diesen Aufführungen, so daß kein Gewerkschaftsreferent nicht bekannt ist. Die viel Mitglieder umfassende Partei habe, wie die Nachrichten darüber sehr oft schreiben, die anderen Parteien in der Partei sehr viele. Ein anderer Herr kamte in eine Zentralistische Weise die Klage über den Terrorismus der Gewerkschaften an und der kleine Arbeitshund rief die Vergangenheit des Polizei-Sager im "Reichs-Arzte", die ihr Kooperationsrecht verbündigen. Seine Schauspieler-

waren natürlich nicht schwer zu widerlegen und der Ausgang der Versammlung war für uns ein guter. Wenn Arbeiter sich in dieser Versammlung vom Werth der Organisation überzeugt haben, dann gehen sie sicher in die Gewerkschaften und nicht in die harmonischen Vereine.

Krottau. 26. Februar. Ausgegrabene Leiche. Im Dezember v. J. war in Altgade der Stellvertreter St. möglichst getötet. Fest ist die Leiche des Mordes wieder ausgegraben und seitdem worden. Grund hierzu gab das Gericht, daß der Verstorbene vergraben sein soll. Die nähere Untersuchung darf die dunkle Sache bald aufklären.

Brieskeberg. 20. Februar. Deutscher Gewerkschafts-Verein am 1. Januar. In der vor Kurzem in Oberbrieskeberg abgehaltenen öffentlichen Gewerkschaftsversammlung referierte Genosse Krämer über die Gewerkschaftsbewegung unter dem Brixhauses. In überaus erfreulicher Weise führte er den Arbeitern ihre unwillige Lage vor Augen, darauf hinweisend, daß heute für die Bedenkenweise eines Straßlings mehr angewendet wird als für die eines braven Arbeiters. Redner wies dann darauf hin, was für Folgen es haben würde, wenn die von der Regierung geplante Buchhaltungsordnung Gesetz werden würde. Hier kann nur eine starke Organisation Wandel schaffen, deßhalb ist es nothwendig, daß sich jeder Arbeiter organisiert, denn dann wird die Stimme der Arbeiter so gewichtig am Regierungstische erklingen, daß den Herren die Lust zu solchen Gesetzen verloren wird.

Königsblatt. 26. Februar. Tod in Folge Absturzes. Der Schmied Albert Wieda aus Beuthen war am Sonnabend Vormittag an den Masten der elektrischen Litigation selbstst. beschädigt und starb durch Absturz des Leiter einen schweren Fall modurch ihm ein Schädelbruch zugefügt wurde. Man brachte den Verunglückten in das städtische Krankenhaus, wo er am Nachmittag des Tages verstarb.

Battow. 24. Februar. Die beiden Epidemie an der russisch-preußischen Grenze. Eine russische ärztliche Kommission nahm dieser Tage Untersuchungen über den Umfang der Pader-Epidemie in den Grenzorten Siee und Pogonia vor. Während die Epidemie in dem Orte Domrowa in letzter Zeit verschwunden ist, scheinen die beiden von der Kommission besuchten Ortschaften ärger als früher von der Seuche befreit zu werden. In Siee und Pogonia sollen, der Ratton, Big. zwölfe, auf jedes Arbeitshaus im Durchschnitt 5 beiden Erkrankungen kommen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß russischerseitige Abspernungsmassregeln gegen die Paderorte in alterndächster Stil getroffen werden.

Sabzow. 26. Februar. Wieder einmal das Schießgewitter. Ein bieger Klempnergeselle wollte Freitag Abend ein altes Jagdgewehr auspuzen. In dem Glauben, das Gewehr sei nicht gespannt, legte er, wie der Sabzower Ang. schreibt, dasselbe Gewehr auf seinen jüngeren Bruder an. Plötzlich sprach ein Schuß und geworfen ist der Bruder zu Boden. Zum Glück drang der Schuß in den linken Oberarm und befindet sich der junge Mann augen Gesicht.

Kastor. 27. Februar. Auf dem Eise eingekrochen. Am Montag wird gemeldet: Da Sabzow zwischen drei Schuhknaben auf dem Eise ein und entstanden.

Kostow. 23. Februar. Reges Habinteresse. Solches Interesse die Bevölkerung für die neuen Stadtverordnetenwahlen am 20. Februar zeigt, ist illustriert der Ratton, Big. zwölfe, die Sabzow, der sogar Frauen und Kinder um "abholte" erfreuen waren, um für ihre durch Krankheit an der Bevölkerung zu der Wahl abgebliebenen Stimmen zu sorgen. Da die Stimmen abgegeben und danach nicht gleichzeitig waren, daß dies nicht zu lang für uns zum Schmähen des Schicksals zu lassen zu überreden waren.

Potsdam. 27. Februar. Beschlußgegeben. Die Strafammer bestätigte den Beschuß des Landgerichts Bautzen "Sommer-Weißpolst". Sein Dr. von Sternen, wegen Unterstützung der Polen zu Gewaltthärtigkeiten gegen die Deutschen durch Bekanntmachung eines Gesetzes "An die Jugend", in dem dreijährigen Güte-

Zeit zu 500 Mark Geldstrafe. Den Hauptinhalt des Gedichts bildete an die die politische Jugend gerichtete Aufforderung, für die Wiederherstellung der Freiheit und Selbständigkeit Polens zu kämpfen.

Vermischtes.

Der redende Krautack. Ein armes bäuerliches Ehepaar aus dem Spessart, das auf der Eisenbahn fuhr, stellte im Roupe einen Krautack zwischen seine Füße. "Was habt Ihr denn in dem Sack, Weiber?" fragte der Schaffner. "Kraut, bitte schön, einige Häuptl Kraut", antwortete der Bauer. "Aun, das Zeug seztet bier, legt es hinaus, rasch", befahl darauf der Schaffner. Nur widerwillig folgte der Bauer und schob den unheimlich schweren Krautack auf das schmale Bett. Der Schaffner entfernte sich. Bößig erwiderte aus dem vermeintlichen Krautack eine lästige Stimme: "Bater, ich fall' berunter!" Man kann sich das homörische Gelächter der übrigen Reisenden denken. Der Bauer fleste, man möge ihn nicht verraten, er habe zu wenig Geld gehabt, um die Reise für seinen achtjährigen Kindern zu zahlen und stellte ihn deshalb in den Krautack. Eine kleine Kollekte schaffte das Geld für ein Billet herbei, doch da die Endstation des ersparten Bauerpaares erreicht war, so empfahl sic, der dankbare Bauer mit seinem talentierten Krautack.

Standesamtliche Nachrichten.

Heiraths-Ankündigungen: I. Maurer August Hoffmann, Berlinerstr. 22c, und Pauline Kunike, Nikolaistrab. 19. — Kistenschmied Bruno Langner, Sedanstraße 30, und Louise Kotsch, Hirschstraße 66. — Schneider Franz Schmidt, Böhmerstraße 39, und Pauline Büttner, Moritzstraße 2. — IV. Tischler Edmund Haenrich, Gabitzstraße 22, und Franziska Vojska, ebenda. — Schneider Anton Greiner, Kreuzstraße 18, und Theresia Sauer, Sonnenstr. 33. — Arbeiter Hermann Stephan, Herdaum und Maria Kosel, Höchstädtstraße 98.

Eheschließungen: I. Tischler Albert Wielisch, Einhornstraße, mit Bertha Scheibl, Hirschstraße 51. — Arbeiter Carl Ulrich, Leutnethstraße 46, mit Hulda Wolter, ebenda. — Arbeiter Hermann Ulrich, Leutnethstraße 46, mit Marie Stößer, geb. Gopert, ebenda. — II. Schuhmacher Franz Werner, Mollwitzerstraße 18, mit Elisabeth Klapper, ebenda.

Heirathen: I. Schuhmacher Rudolf Roudal, T. — Tischler Josef Kuppel, S. — Stellmacher Paul Reichel, S. — Schuhmacher Franz Bläckel, S. — Schneider Franz Häusler, T. — Schneider Thomas Jablonksi, S. — Maurer Carl König, S. — Arbeiter Oskar Kirch, T. — Schuhmacher Franz Grunwald, T. — III. Arbeiter Josef Wogler, S. — Schuhmacher Karl Friedel, S. — Arbeiter Felix Jander, S. — Arbeiter Oskar Gumbel, S. — Tischler Josef Krause, T. — Schuhmacher Wilhelm Macke, S. — Tischler Erich Ehrlisch, T. — Arbeiter Karl Pierot, S. — Arbeiter Paul Hoppe, T. — Stellmacher Ernst Walter, S.

Todesfälle: I. Berechlichte former Marie Flegel, geb. Troitsche 31 J. — Tischler Wilhelm Engner 33 J. — Marie, T. des Arbeiters Karl Hermann, 5 Mon. — Anna, T. des Arbeiters Karl Heinrich, 7 Mon. — Willy, S. des Arbeiters Karl Spele 3 Mon. — Berechlichte Arbeiter Emma Gotsch, geb. Schmidt 50 J. — Bern. Tischler Anna Lichten, geb. Giese 45 J. — Bern. Schneider Antonie Menzel, 57 J. — II. Helene, T. des Haushalters Emil Franke, 4 Mon. — Max, S. des Arbeiters August Mandel, 6 Mon. — Elizabeth, T. des Schuhmachers Peters August Körner, 3 Mon. — Stellmacher Paul Wirkel, 25 J. — Albert, Schuhmacher Franz Jorke, 16 Tage. — Ernst Blaichle, Bäckerei, 81 J. — Schäferstochter Johann Oetwohl, 65 J. — III. Willi, S. des Tischlers Johann Hädle, 1 J. — Stellmacher Wittwe Rosine Petrowski, 70 J. — Kürschnerfrau Domela Bebau, geb. Henßel, 52 J. — Otto, S. des Portofrädlers Carl Vega der, 2 J. — Tischlermeisterwitwe Auguste Schilling, geb. Wieg, 61 J. — Walter, S. des Schuhmachers Karl Burkert, 1 Mon.

Brückosten.

C., Goldberg. Sie können gegen den Wirth klagen werden, wenn er die Sachen in Verwahrung genommen hat; sonst nichts.

Stadt-Theater.

Dienstag:
Die Seide.
Mittwoch:
Götterdämmerung.

Lobe-Theater.

Dienstag:
Mathias Gellinger.
Mittwoch:
Mathias Gellinger.

Volkss-Vorstellungen im Thalia-Theater.

Dienstag:
Gruppe A. 1. Vorstellung:
Montag:
Gruppe 1. 2. Vorstellung:
Donnerstag:
Gruppe M. 3. Vorstellung:
Dorf und Stadt.

Deutsches Theater.

Dienstag:
Gedicht:
Emil Richard.
Abend: Rittermeister, Gottschalk der Letzte
der Ritterstaat der Legende
Geld 2. Tag.
Montag:
Gedicht:
Emil Richard.
Ritter: Ritter.
Freitag:

Volkstheater

Samstag: 57.
Dienstag: 57.
Der Berggeistkönig von Oberammergau

Montag: 57.
Dr. Faust.
Der: Eine deutsche Geschichte.

Freitag: 57.
Szenen für Heimat-Geschichte

für Schauspieltheater
eigene Szenen

August Rehbein,
57. 57. 57.

August Rehbein,
57. 57. 57.



"Hettich"

neue Marke der Gegenwart
mit vielen Neuerungen und
viele hervorragende Ausführungen.

Fritz Heidenreich,

Friedrich-Wilhelmstraße 52. — Telefon 3291.
Ritter: Adalbertstraße 4. — Telefon 3511.
General-Vertreter der Hettich-Fahrrad-Werke
(Freiburg in Baden.) 4542

Nr. Neu eröffnet!

Schuhhaus

Carl Kallmann

Nicolaistr. 80.
dicht am Ringe.

Knaben-Anzüge

und lange befehl. Knaben
Confirmanden-Anzüge

mit den besten Stoffen.

Knaben-Anzüge

berl. Zweite, alle Größen
verfügbar

best. in der Ausstellung

Goldene 74

Adalbertstraße 74, 1. Etg.

als solide, elegant und leichtlaufend!

Jugend. Jugendfahrrad.

Motor-Dreiräder

mit und ohne Antriebswerk.

Joh. Dressler & Co., Breslau,
Bismarckstraße 7. — Telefon 416.

Telefon 416.